

Dokumentation

WORKSHOP

29. Inklusion – eine Worthölse oder neues integrationspolitisches Leitbild?

Leitung/ Verantwortliche/r:	Sabine Schröder, ebb Entwicklungsgesellschaft für berufliche Bildung mbH, Köln Gesine Kessler-Mohr, Handwerkskammer Hamburg
------------------------------------	--

Konzept der Integration kommt an seine Grenzen, gerade auch im internationalen Bereich. Ist Inklusion ein alternatives und anschlussfähiges Konzept?

Zentrale Ergebnisse Vortrag Dr. Peter Bartelheimer

- Begriffe leiten Diskurse, deshalb ist Begriffsklärung wichtig, wissenschaftliche und politische Diskurse sind nur lose gekoppelt > Inhalte werden bisweilen umgedeutet
- Begriffsgeschichte
 - gleichberechtigte Teilhabe, Rechtsbegriff seit 2001 (SGB IX) WHO 2001, UN-Behindertenrechtskonvention von 2009
 - Teilhabe und Inklusion seit 2009, u.a. als Rechtsbegriff in der Grundsicherung (BVG 2010), inklusive Pädagogik, örtl. Teilhabepfanzung, Initiative Inklusion 2011-2018 (BMAS, BA, Bundesländer), Inklusive Sozialplanung, „Inklusive Institutionen“ (Acemoglu / Robinson 2013)
 - Erweiterung des Inklusionsbegriffs und –konzepts auf weitere Politik- und Handlungsfelder (Behinderte > Arbeitsmarkt)
- Teilhabe als gemeinsamer Leitbegriff
 - Menschen gestalten ihre Teilhabe
 - individuelle Norm gesellschaftl. Wohlfahrt
 - Institutionen und Infrastrukturen inklusiv gestalten (barrierefrei im weiteren Verständnis)
- Folgerung: Inklusion als Interventionsstrategie
 - individualisierte Leistungen
 - orientiert an gesellschaftlich üblichen Teilhabeformen (Bsp. Mietvertrag statt stationärer Versorgung)
 - Bedeutung von Anspruchsregeln (allgemeinen Rechtsansprüchen, „moralisch barrierefreier“ Zugang)
- Frage: Ausweitung des Inklusionskonzeptes auf Gleichstellungspolitik für Migranten?
 - ja, aufgrund gemeinsamer Gleichheitsnormen
 - Abgrenzung zu Aktivierung und Integration erforderlich (Anpassung versus Teilhabe)
 - „Barrierefreiheit“ für Migranten braucht eigenen Ansatz
 - Ist inklusive Migrationspolitik strategiefähig? Erklärungsleistung ist erforderlich, da stark besetzt/ dominiert durch Behindertenthema

- Elemente teilhabeorientierter Ausländerpolitik
 - Sprachförderung
 - Beratung (partizipativ)
 - weitere Unterstützung über Beratung hinaus
 - Nachteilsausgleich [Begleitung, inklusive Institutionen (Anerkennung, Mindestlohn)]
 - Wirkungsanalyse: Welche Förderungsinstrumente sind inklusiv, welche nicht?

Zentrale Ergebnisse Vortrag Frau Dr. Henkel, Prognos AG

- Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Inklusion wird zu einem Menschenrecht
 - neues Verständnis von Behinderung
- Leitbild Inklusion durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche > gleiches Recht auf Arbeit
- Verwirklichung muss sichergestellt werden > Instrument der Verpflichtung der Unterzeichner/Staaten (Gesetze, Rahmenbedingungen, Zugänge und Förderung)
- Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung 2011 mit Wirkungszeitraum von 10 Jahren
 - Schwerpunkte im Handlungsfeld Arbeit (u.a.)
 - Beschäftigungspolitische Maßnahmen
 - Berufsorientierung und Ausbildung
 - Sensibilisierung von Unternehmen
 - Umsetzungsbeispiel: Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung
- Ausblick: noch keine validen Daten, Problem der Messbarkeit
Schwerpunkte: Barrierefreiheit, Bewusstseinsbildung

Zentrale Ergebnisse Vortrag W. Vogt, Landesnetzwerk IQ Saarland

- Positionspapier IQ, warum?
- Der Begriff der Integration kam im Laufe der Arbeit im Förderprogramm IQ an seine Grenzen, denn der Begriff orientierte sich an der Idee der Behebung von Defiziten und wurde zudem durch das Behindertenthema besetzt
- Einführung des Inklusionsbegriffs aufgrund veränderter Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, veränderter Zuwanderung und dem Ziel der Steigerung der Attraktivität der BRD, schließlich: neue positiv konnotierte Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik
- Drei zentrale Themen/Positionen
 - (veränderte) Willkommenskultur und Wertschätzungskultur
 - Diversity/Vielfalt, Antidiskriminierung u.a.
 - Netzwerke, garantieren Beteiligungen
- Paradigmenwechsel vorantreiben

Zentrale Ergebnisse Vortrag Dr. Dagmar Beer-Kern, BMAS

- IQ-Positionspapier als visionäres Papier: Wo wollen wir langfristig hin?
- Der Inklusionsbegriff bietet mehr Chancen als Integration, impliziert und erfordert ein Umdenken und neues Bewusstsein

Zentrale Ergebnisse der Diskussion

- Es geht darum, zu gewährleisten, dass kein reiner Austauschprozess von Begriffen (Integration zu Inklusion) vorangetrieben wird, sondern die neue Orientierung muss promoviert werden.
- Inklusion erfordert eine „klare“ Strategie der Umsetzung, ist orientiert an einem positiv konnotierten Menschenbild
- Das Zusammenspiel unterschiedlicher, an arbeitsmarktpolitischen Themen arbeitende Akteure muss gewährleistet werden. > Bedeutung von Netzwerken
- Aufgabe: Entwicklung einer inklusiven Strategie in der Arbeitsmarktpolitik
- Begriff bietet Chance zur aktiven Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik, IQ-Positionspapier ist gute Grundlage